7. Benennung und Umbenennung von öffentlichen Strassen, Plätzen, Brücken und Gebäuden müssen dem fakultativen Referendum unterstellt werden

Parlamentarische Initiative Claudio Schmid (SVP, Bülach) und Hans Egli (EDU, Steinmaur) vom 28. Juni 2021

KR-Nr. 256/2021

Claudio Schmid (SVP, Bülach): Wer nach Worb will, muss das blaue Bähnli nehmen und nicht den Weg über die Worbstrasse, weil diese bekanntlich nach Gümligen führt, Köpfchen, nicht wahr? Sie alle kennen den berühmten Sketch von Ernst Mischler und Karl Steuer. Doch in vielen Fällen gilt «nomen est omen», und so führt die Winterthurerstrasse nach Winterthur die Limmatstrasse der Limmat entlang und die Bahnhofstrasse zum Bahnhof. Mit Zuwanderung und Wachstum steigt natürlich auch das Bedürfnis nach neuen Namen für Strassen und Plätze, will man nicht auf ein System mit Nummern umsteigen, wie das in anderen Ländern vorkommt. Die griechische und römische Mythologie erwies sich dabei als Fundgrube. Nun mögen Minerva-, Jupiter-, Neptunstrasse noch gehen, doch wer möchte an der Narthekephorosstrasse oder an der Nymphenomenestrasse wohnen? Da wird allein schon das Buchstabieren zur Tortur.

Sie sehen, Strassenbezeichnungen müssen in erster Linie einen sehr praktischen Zweck erfüllen. Sie sollen verständlich und leicht zu merken sein und, wenn möglich, Verwechslungen möglichst ausschliessen. Das ist genau der Grund, warum sich auch die Strassenbenennungskommissionen der Stadt Zürich, die den Stadtrat bei der Namensgebung berät, gegen Umbenennungen ausspricht. Namen schaffen Identifikation. Werden sie leichtfertig geändert, schafft das Verwirrung. Nun kann es vorkommen, dass sich bei Namen historischer Persönlichkeiten oder Ereignisse die Beurteilung im Laufe der Zeit ändert. Doch so normal das auch ist, sollte nicht vergessen werden, dass die Benennung einer Strasse oder eines Platzes keine Apotheose darstellt. Unsere Vorfahren waren ebenso fehlbar, wie wir es heute sind. Mit einer öffentlichen Ehrung wird nicht zum Ausdruck gebracht, dass eine bestimmte Person über jeden Fehler erhaben sei, wir ehren eine bestimmte Eigenschaft oder eine bestimmte Handlung. Und wir alle wissen, dass es gerade das Widersprüchliche ist, dass den Charakter eines Menschen ausmacht. Bis vor wenigen Jahren galt es als Auszeichnung, von jemandem zu sagen, er sei ein Querdenker. Ja, unser Schweizer Farbfernsehen hatte sogar eine Sendung mit dem Namen «Quer».

Nun gibt es freilich Namen, die problematischer sind als andere, doch sollten wir uns hüten, aus einer politischen Laune heraus, den Stab über Menschen zu brechen, die teilweise vor mehreren Jahrhunderten lebten. Vor zwei Jahren überklebten JUSO-Aktivisten am Escher-Wyss-Platz das Schild der Tramhaltestelle und tauften den Platz in «Rosa-Parks-Platz» um, um ein Zeichen zu setzen. «Wir dürfen Alfred Eschers Denkmäler keinen Tag länger dulden», schrieben sie dazu. Dumm nur, dass Alfred Escher (Zürcher Politiker und Unternehmer) mit dem

Unternehmen Escher Wyss, einer Pionierin der Industrialisierung der Schweiz nichts zu tun hatte, also ein untauglicher Versuch am falschen Ort. Historische Feinheiten spielen für Narren, die Zeichen setzen wollen, offensichtlich keine Rolle in ihrem grossen Narrativ, wonach die Schweiz ihren Wohlstand auf Rassismus und Unterdrückung gebaut haben soll. Solcher Dilettantismus könnte rasch auch schwerwiegende Folgen haben. Die Zeiten der Bilderstürmerei sollten überwunden sein. Und niemand, der sein Amt gewissenhaft erfüllt, kann wollen, dass wir hierzulande ähnliche Szenen erleben wie unlängst in den USA.

Natürlich sind entscheidende politischen Gremien immer auch Ausdruck eines politischen Willens und dieser Wille kann und darf sich ändern. Aber hier geht es um einen vor langer Zeit von klugen Menschen gefassten politischen Willen, nämlich den, den politischen Willen zurückzubinden. Und ich glaube nicht, dass wir auf lange Sicht gut beraten wären, daran zu rütteln. Etwas Gelassenheit würde uns allen manchmal guttun. Wir sollten darum davon absehen, mittels Benennung und Umbenennung von Strassen, Plätzen, Parks der Exekutive eine Entscheidungskompetenz in politischer Bildung zuzugestehen. Es ist in höchstem Masse problematisch, wenn abseits des öffentlichen Diskurses von der Verwaltung Fakten geschaffen und Richtungen vorgegeben werden, in der Absicht, die Bürgerinnen und Bürger zu erziehen oder zu einem Umdenken zu bewegen. Die Exekutive hat im Sinne des Gesetzgebers und des Souveräns zu handeln und nicht umgekehrt. Dafür braucht es bei politisch brisanten Fragen jeweils eine öffentliche Debatte, und eine solche lässt sich nur erreichen, wenn gegen brisante Entscheide der Exekutive ein Referendum ergriffen werden kann. Besten Dank.

Esther Meier (SP, Zollikon): Immer wieder führen Benennungen oder Umbenennungen von Strassen und die damit verbundenen Adressänderungen zu Rechtstreitigkeiten, die manchmal bis vor die obersten kantonalen Gerichte gelangen. Dafür die Kantonsverfassung zu ändern, erachten wir aber als völlig unsinnig. Es ist durchaus berechtigt, zu fragen, ob für den Namen einer Strasse eine allgemeine Akzeptanz vorliegt. Aber die Klärung dieser Frage weist das Gesetz eindeutig und sinnvollerweise den Gemeindebehörden zu. Diese müssen nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Bei Unstimmigkeiten muss ebenfalls auf Gemeindeebene angesetzt werden, und dies soll nach Meinung der SP auch so bleiben. Wir unterstützen diese PI nicht. Besten Dank.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Mir ist die Aufgabe zugefallen, zu diesem wichtigen Anliegen Stellung zu nehmen (Heiterkeit). Ich habe drei Punkte dazu: Erstens können wir das Problem nicht erkennen und ich kann es auch nach dem Votum des Initianten nicht erkennen. Eine Politisierung von etwas, das kein Problem ist, sollten wir sowieso vermeiden. Zweitens: Es gibt meines Wissens kommunale und kantonale und auch eidgenössische Vorschriften zur Benennung von Strassen, Plätzen und so weiter, und uns ist nicht bekannt, dass es hierbei grössere Probleme gibt. Nicht einmal Rechtsstreitigkeiten sind uns bekannt. Eine Verfasungsänderung ist völlig unnötig. Mit Kanonen auf Spatzen zu schiessen, scheint uns nicht angebracht. Und drittens, die Gemeindeautonomie: Es gibt ja kaum ein

Thema, bei dem die Gemeindeautonomie sinnvoller ist. Ich glaube, der Gemeinderat in Zollikon, wo Esther Meier oder meine Sitznachbarin Corinne Hoss zu Hause sind, der kann sehr gut selber entscheiden, wie er die Strassen in Zollikon benennen soll. Wir werden es dabei belassen und diese PI nicht unterstützen.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Da die Initianten wie ich aus dem Zürcher Unterland stammen, interessiert mich ihr Thema schon. Bereits am 8. April 2015 berichtete «20 Minuten» das in Bülach eine Strasse «Im Nippel» heisse. Da habe ich etwas Verständnis für den Kantonsrat aus Hochfelden, übrigens in der Nähe von Bülach, der sich schon oft sehr besorgt über unsere Lokalsitten und -unsitten ausgesprochen hat, «Im Nippel» ist nun wirklich gewöhnungsbedürftig. Wenn in der Begründung der parlamentarischen Initiative steht, dass Platz- und Strassennamen immer schon politische Komponenten hätten, wollen wir hier nicht weiter über Strassennamen in Bülach nachdenken. Zum Glück muss der Erstunterzeichnende sich nicht für seine Adresse schämen, da seine Adresse auf der Kantonsratsseite ein Postfach ist (Heiterkeit). Auch Hans Egli, der Mitunterzeichner, ist wohnhaft an der Hauptstrasse, er kann sich diesbezüglich nicht beklagen. Diese Adresse kommt sehr gesittet daher. Dieser Strassenname ist politisch etwa so aufregend und brisant wie meine eigene Adresse an der Dorfstrasse.

Die Stadt Zürich hat natürlich auch Plätze und Strassen. Da gibt es zum Beispiel den dörflichen Meierhofplatz. Gemäss Wörterbuch wird «Meierhof» ein Bauerngehöft genannt, in dem einmal der Verwalter eines adligen oder geistlichen Gutshofs gelebt hat. Ja, das ist jetzt in der Tat unschön. Gerne hätten wir darüber eine Debatte, denn unser Volk musste in der Vergangenheit ja wirklich unter fremden Vögten leiden. Das hören wir jedes Jahr, zum Beispiel am 1. August. Übrigens sollten wir uns mal überlegen, ob diese Benennung «Meierhofplatz» nicht noch weiter irreführend ist. Mit einem Bauernhof hat dieser Platz nun nichts mehr zu tun, steigen doch pro Tag durchschnittlich 10'700 Personen in öffentliche Verkehrsmittel ein und aus.

Und dann sind die Platz-Namen auch Zeitzeugen, das müssen wir so akzeptieren. Dass eine Tramhaltestelle in Zürich den Namen Waffenplatzstrasse trägt, irritiert in der momentanen Kriegslage (*in der Ukraine*) etwas. Die Tramhaltestelle wurde nach der Zubringerstrasse zum ehemaligen Waffenplatz auf der Allmend benannt. Der besagte Waffenplatz wurde noch bis ins Jahr 1997 durch die Schweizer Armee genutzt. Da hätte ich persönlich natürlich viel lieber «Friedensplatzstrasse», aber das ist jetzt nun halt so.

Zurück zu Bülach: Gerade entsteht dort das Glasi-Areal. So heisst ein Platz «Ahornplatz». Die Stadt Bülach hat ja manche Eiche, wieso gerade Ahorn? Weiterhin aber nicht schlimm, nur vielleicht etwas irreführend. Der zweite Platz in diesem neuen Stadtteil ist nach dem Waadtländer Henri Cornaz benannt. Vetropack (Schweizer Verpackungsglashersteller) wurde 1911 von ihm unter dem Namen Verrerie Saint-Prex gegründet. Wenn auch nicht im Lokaldialekt gehalten, fragen wir uns schon, ob es wirklich eine Volksabstimmung brauchen würde.

Und nun komme ich nochmals zurück zum Strassennamen «Im Nippel»: Peter Bertschinger, der in akribischer Recherche den historischen Ursprüngen von Hunderten Bülacher Flurnamen auf die Schliche kam, musste beim Nippel kapitulieren. Fest steht nur, dass der Flurname etwa 1850 zum ersten Mal aktenkundig war. Gemäss «lexikon.de» ist es ein kurzes Rohrstück mit Gewinde zum Verbinden von Rohren und zur Befestigung von Speichen am Fahrrad; eben, alles hier sehr im grünen Bereich. Aus meinen Beispielen wird ersichtlich, dass Platz- und Strassennamen uns zum Denken anregen, auch wenn wir diese nicht selbst ausgesucht haben und vielleicht auch nicht zugestimmt hätten. Genau dieser bunte Strauss von Platz- und Strassennamen ist eine Bereicherung. Verzichten wir also gerne auf fakultativen Referenden und leben wir, je nachdem, irritiert oder fröhlich mit dieser Vielfalt weiter. Deshalb werden wir, die Grüne Fraktion, diese parlamentarische Initiative nicht unterstützen und bitten Sie, das ebenfalls nicht zu tun.

Walter Meier (EVP, Uster): Ich kann es kurz machen: Dieser Vorstoss gehört für uns in die Kategorie «Erfinde weitere lustige Beispiele, bitte diese dann aber nicht als parlamentarische Vorstösse einreichen». Danke.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Viele Votanten verkennen den Zeitgeist der Meinungsdiktatur. Wir haben plötzlich eine Sprachpolizei, eine Art «Bücherverbrennung», Sie wissen alle, was ich meine. Darf man heute noch «Zigeuner-Schnitzel» sagen, «Bauernbratwurst», «Bauernfrühstück», «Zürcher Geschnetzeltes»? Oder ist man dann sogleich ein Rassist, wie es angeblich beim Namen «Mohrenkopf» sein soll? Bei der Namensgebung beim «Haus zum Mohrenkopf» hatte der Hintergrund der Namensgebung keine rassistische Bedeutung und muss deshalb auch nicht als solche verstanden werden. Denn was bedeutet Rassismus? Das ist die Lehre und Theorie, nach der Menschen beziehungsweise Bevölkerungsgruppen mit bestimmten biologischen und ethnischen kulturellen Merkmalen anderen von Natur aus über- beziehungsweise unterlegen sein sollen. Dieses deplatzierte und falsche Denken verschwindet nicht durch das Verbieten und Umbenennen von Gassen, Strassen und Plätzen, sondern durch die Förderung von Respekt und das Bekämpfen von Diskriminierungen. Nehmen wir das Beispiel «Judengasse», die es auch in Zürich gab, die es nach wie vor in anderen Schweizer Städten gibt. Steigt der Respekt gegenüber den Juden durch das Verbieten dieses Namens? Sicher nicht. Der Respekt steigt durch Bildung, Aufklärung und Überwindung der ideologischen Prägung. Momentan stellt der Zeitgeist alles infrage, und die Politik tut gut daran, nicht das viele Vergangene einseitig als schlecht abzustempeln, sondern die Vergangenheit und deren Zeitgeist mehr zu würdigen und Verständnis für die Entscheidungen zu haben und das Denken mit Respekt zu würdigen. Wir laufen Gefahr, mit unserer neuen Übermoral alles Vergangene schlechtzumachen und sind uns überhaupt nicht bewusst, dass unsere Nachfahren dasselbe einmal mit unseren Entscheidungen machen werden. Werden wir doch einfach ein bisschen demütig mit unserer Erkenntnis. Oder wie es die Bibel sagt: Erkenntnis ist Stückwerk. Unterstützen Sie die Vielfalt, die genannt wurde, und unterstützen Sie deshalb diese PI. Danke vielmals.

Ratspräsident Benno Scherrer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 256/2021 stimmen 42 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.